

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Brann in Freiberg.

No. 47.

Erscheint jeden Sonntag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

Donnerstag, den 26. Februar.

Inserate werden bis Sonntag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

## Nachbestellungen

auf den Monat

März

werden zum Preise von 75 Pfennigen von allen kaiserlichen Postanstalten sowie von den bekannten Ausgabestellen und der unterzeichneten Expedition angenommen.

Expedition des Freiberg Anzeiger.

## Der Erfolg Windthorsts.

Die am Sonnabend im deutschen Reichstage beschlossene Vertagung auf acht Tage, welche der Reichskanzler vorher so energisch bekämpft hatte, stellt einen Erfolg des Zentrumsführers Windthorst dar, dessen Bedeutung nicht gering veranschlagt wird. Mit guten Gründen war Fürst Bismarck gegen jede Unterbrechung der Reichstagsarbeiten eingetreten. Unter lebhafter Zustimmung der Konservativen und der Nationalliberalen sagte der Kanzler: „Jeder kennt die Notlage, in der wir sind. Es ist der Reichsregierung ganz unmöglich, eine Zeit zu wählen, in welcher nicht Kontinuität mit einem oder mehreren Landtagen wäre. Das Recht, das der preussische Landtag hat, berücksichtigt zu werden, hat auch der bairische, sächsische, württembergische und jeder andere Landtag in demselben Maße. Daß dieses Recht für Alle nicht durchführbar ist, wird mir Jedermann zugeben.“ Umsonst; Windthorst blieb der Herr der Situation, denn hinter ihm stand nicht nur das ganze Zentrum, sondern auch die Deutsch-Freisinnigen, Polen, Elässer, Volksparteiler und Sozialdemokraten folgten der welfischen Erzellenz, welche Raum für die Kulturkampfbattanten beanspruchte. Natürlich jagte das Abg. Windthorst nicht offen heraus, sondern motivierte den Vertagungsantrag durch allerhand Scheingründe, aber daß es ihm nur darum zu thun war, bei den im preussischen Abgeordnetenhaus auf der Tagesordnung stehenden kirchenpolitischen Debatten den ganzen klerikalen Generalstab bei der Hand zu haben, war für Niemanden im Hause zweifelhaft. Sein Vertagungsantrag paßte aber auch trefflich in die Verwickelungstaktik des deutsch-freisinnigen Führers Eugen Richter, dessen „Reichsfreund“ kein Hehl daraus machte, daß es jetzt hauptsächlich darauf ankomme, die Entscheidung in den Fragen der Zollpolitik, der Dampfer-Subvention und über die Direktorstelle im auswärtigen Amte möglichst hinauszuschieben. Nachdem am letzten Sonnabend Windthorst gegen Wunsch und Willen des Reichskanzlers seinen Vertagungsantrag mit 137 gegen 118 Stimmen durchsetzte, liegt der Gedanke nahe genug, daß eine ähnliche klerikal-deutsch-freisinnige oppositionelle Mehrheit auch das Schicksal der Dampfer-Subventions-Vorlage und ähnlicher Gesetzesentwürfe ernstlich in Frage stellt.

Der Reichskanzler hatte diese Eventualität sogar im Auge, als er sich nicht damit begnügte, die finanziellen Nachteile der Reichstagsvertagung und aus der Annahme von Doppelmandaten hervorgehenden Pflichten zu betonen, sondern sich auch mit den bedeutenden Worten gegen die acht-tägige Arbeitspause zu verwahren: „Ich kann nur abwarten, aber ich habe darüber nichts mitzureden, und ich erwarte in Ruhe die Beschlüsse, die Sie fassen werden; — die verbündeten Regierungen werden ja demnächst in der Lage sein, auch die ihrigen zu fassen.“ Wenn man zwischen den Zeilen liest, scheint dem Fürsten Bismarck eine Auflösung des Reichstages für den Fall vorzuschweben, daß die Abgeordneten Windthorst und Richter auch ferner vereint seine Wege kreuzen. Das Letztere ist um so wahrscheinlicher, als schon am Sonnabend im preussischen Abgeordnetenhaus der deutsch-freisinnige Abg. Birchow der Freude seiner Partei über die „offene und entschlossene Stellungnahme“ des Zentrums den beredtesten Ausdruck ließ. Diese Partei habe sich allmählich umgewandelt nach „ehrliehen prinzipientreuen Männern, die nicht nach der jeweiligen Strömung bei den Mächtigen sich richten und des gubernementalen Strebens sich befleißigen“. Die „Freisinnigen“ stimmten zwar mit dem Zentrum in den Zielen nicht völlig überein, aber selbst auf der Höhe des Kulturkampfes habe der Abgeordnete Dr. Windthorst anerkannt, daß eine Zeit kommen könne, wo er sich mit ihm (Birchow) über die Formen der Garantie möglichstster Freiheit verständigen werde. Bei den Freikonservativen und den Nationalliberalen sieht man in diesem Zusammengehen

der beiden so verschiedenen Fraktionen gar keinen Nachtheil, sondern das beste Mittel zur Klärung der verworrenen politischen Lage. Unmuth darüber herrscht nur in dem deutsch-konservativen Lager, wo man sich nur schwer von dem Glauben an die Freundschaft des Zentrums trennt und dieselbe sicher gern noch länger gepflegt hätte, trotzdem die Klerikalen bei den letzten Reichstagswahlen die Deutsch-Freisinnigen unterstützten, um die grundsätzliche Opposition zu kräftigen. Die „Kreuzzeitung“, sonst die wärmste Verfechterin der Freundschaft mit dem Zentrum, schreibt jetzt wehmüthig: „Diese Partei wird die Folgen des unnatürlichen Zusammengehens mit der Fraktion, die auf völlig verschiedenem religiösem, sozial- und wirtschaftspolitischen Boden steht, schon an sich selbst erfahren. Für den unbefangenen Beobachter scheint dieser Moment bereits eingetreten. Der Abgeordnete v. Gerlach, den Herr Dr. Windthorst sicherlich nicht als „mittelparteilich“ gesinnten „Kulturkämpfer“ verdächtigen kann, hat mit gutem Recht darauf hingewiesen, wie gerade er und seine gleichstehenden Freunde im Lande über dies Bündniß erstaunt gewesen seien. Ob denn Dr. Windthorst ernsthaft annehme, Hand in Hand mit den Herren Löwe, Richter, Birchow konservative Ziele verfolgen zu können? In der That ist es eine besondere Täuschung der Zentrumsleitung, zu glauben, durch strikte Opposition dem Fürsten Bismarck Konzessionen auf dem kirchenpolitischen Gebiet abtrotzen zu können.“

Das scheint der Anhang des Abg. Windthorst allerdings zu glauben und je mehr man von konservativer Seite das Schwinden des früheren Einverständnisses mit dem Zentrum beklagt, desto mehr wird der Preis für die Erneuerung desselben in die Höhe getrieben. Die ultramontane Partei meint nicht ganz ohne Grund, durch ihr Verhalten bei der Berathung des Zolltarifs einen Anspruch auf die Dankbarkeit der Regierung erworben zu haben und stellt es den Konservativen anheim, sich durch Unterstützung der Windthorst'schen Anträge im preussischen Abgeordnetenhaus die Freundschaft des Zentrums wieder zu verdienen. Dazu hat der Abg. Windthorst durch seinen Vertagungsantrag eine acht-tägige Frist geschaffen und am Montag gegenüber dem Kultusminister von Götler, der über die Richtung der angestrebten Revision der Maigesetze größere Klarheit wünschte, offen und frei erklärt, was er und seine Freunde eigentlich bezwecken. Der gewandte Führer der Ultramontanen verlangte einfach, daß Preußen einen Vertrag mit dem Papste zur Bestimmung des Rechtsverhältnisses der katholischen Kirche annehme, vorher aber schon die von dem verstorbenen König Friedrich Wilhelm IV. gegebenen kirchenpolitischen Gesetze wieder herzustellen. Zunächst blieb der preussische Kultusminister auf diese weitgehende Forderung die Antwort schuldig. Inzwischen gilt es doch in Berlin nicht für ausgeschlossen, daß dem preussischen Abgeordnetenhaus noch eine neue, den Wünschen des Zentrums entgegenkommende Kirchenvorlage zugehen könnte. Aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, gewinnen die Debatten über den Kultusetat, welche diese Woche voraussichtlich ausfüllen werden, ein erhöhtes Interesse.

Ein Ausgleich mit dem Zentrum hat deshalb, selbst bei neuen Konzessionen auf kirchenpolitischem Gebiet, nur geringe Chancen, weil der Führer Windthorst neben den klerikalen Interessen auch diejenigen der welfischen Dynastie im Auge behält. In den Kreisen des Reichskanzlers will man zwar von den angeblich günstigeren Aussichten, die sich neuerdings für den Herzog von Cumberland eröffnen haben sollen, nicht das Geringste wissen; thatsächlich spielt aber doch die braunschweigische Erbfrage in die Parteiverhältnisse des deutschen Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses hinein. Man muß wohl in parlamentarischen Kreisen einer nahe bevorstehenden Lösung derselben entgegensehen, da die Absicht verlautet, den deutschen Reichskanzler wegen derselben im Reichstage zu interpellieren. Die Wiener „Neue Freie Presse“ versicherte wiederholt, daß höchst einflussreiche hohe Personen für den Herzog von Cumberland rüthig arbeiten, seitdem sich derselbe geneigt zeigt, sein Fürstenrecht auf das Königreich Hannover aufzugeben, um seinem Sohne die Nachfolge in Braunschweig zu retten. In wenigen Tagen wird der Erbgroßherzog von Oldenburg in Berlin erwartet, nachdem derselbe vor Kurzem in Gmunden der Gast des Herzogs von Cumberland gewesen. Dem Erbgroßherzog schreibt man eine sehr wichtige Rolle bei der Vermittlung zwischen Berlin und Gmunden zu. Es ist aber ein offenes Geheimniß, daß Fürst Bismarck gegen die Wiedereinsetzung der welfischen Dynastie in Braunschweig ernste Bedenken hegt und daß bei dieser Frage seine nationalen Ansichten dem Legitimitäts-

Prinzip unvermittelt entgegenstehen. Der deutsche Reichskanzler legt dieser Sache mehr Werth bei, als den kirchenpolitischen Fragen, befindet sich aber hier wie dort im schroffsten Gegensatz zu dem hannoverschen Exminister Windthorst. Zwischen diesen beiden mächtigen und geistesscharfen Gegnern ist, wie die Sachen einmal liegen, höchstens noch ein Waffenstillstand, aber kein friedlicher Ausgleich mehr möglich.

## Tageschau.

Freiberg, den 25. Februar.

In der Schlußsitzung der Afrikanischen Konferenz, die heute stattfinden soll, führt der deutsche Reichskanzler selbst den Vorsitz, während der letzten Konferenzsitzung der Unterstaatssekretär Busch präsidirte, welcher die Kongo-Gesellschaft aus Anlaß ihrer nunmehr von Erfolg gekrönten Bemühungen herzlich beglückwünschte. Auch die Bevollmächtigten der übrigen Staaten gedachten der hohen Verdienste des Begründers jener Assoziation, des Königs Leopold II. von Belgien, und der frohen Aussichten des neuen Kongostaates. Der Vertreter Italiens betonte außerdem noch, wie das belgische Volk in musterhafter Weise seine freisinnigen Einrichtungen verwirklichte. Baron Lambert dankte für diese sympathischen Kundgebungen und versicherte, daß sein belgisches Vaterland sich für dieselben dankbar erweisen werde. Zum General-Gouverneur des neuen Kongostaates wurde Stanley ernannt und beabsichtigt man, das riesige Gebiet, das innerhalb der durch die Verträge mit Frankreich, Portugal und durch die Bestimmungen der Berliner Konferenz gezogenen Grenzen noch einer vorläufigen planimetrischen Berechnung 2562415 Quadratkilometer (mithin etwa die fünf-fache Fläche Frankreichs) bedeckt, in vier Provinzen zu theilen. Zu Verwaltungszwecken wurden Banana, Bibi, Leopoldville am Stanley-Pool und Aequator-Station ausgetrennt, auch bereits eine Auswahl der Persönlichkeiten zur Besetzung dieser Provinz-Gouverneure getroffen. Das mit der Begründung dieses neuen Staates vollendete mühevolle Werk der Afrikanischen Konferenz gereicht in erster Reihe dem deutschen Reichskanzler zur hohen Ehre, ohne dessen warme Fürsprache verschiedene europäische Mächte sich kaum zur Anerkennung der neuen Staatenbildung verstanden hätten.

Der 70. Geburtstag des deutschen Reichskanzlers wird benutzt werden, um dem leitenden Staatsmanne die dankbaren Sympathien aller Patrioten zu bezeugen. Der Fackelzug, der dem Fürsten dabei gebracht werden soll, dürfte der großartigste sein, welchen die Reichshauptstadt je gesehen. In Aussicht genommen ist die Betheiligung aller Berliner Hochschulen, der Kriegervereine, der Turner, der Künstler, der Zünfte, der Bürgervereine u. s. w. Die Vorstände sämtlicher Innungen Berlins treten heute zusammen, um sich über die Art der Betheiligung schlüssig zu machen. Es wird beabsichtigt, durch zwei transportable Apparate, die im Zug mitgeführt werden sollen, elektrisches Licht über denselben ausstrahlen.

Bei der gestern im preussischen Abgeordnetenhaus fortgesetzten Verathung des Kultusetats wurde die Mehrforderung von 15000 Mark für Bureaubeamte an die Budgetkommission zurückverwiesen und sodann die den kirchlichen Gerichtshof betreffenden Titel von dem klerikalen Abg. Bachem, Windthorst und v. Schorlemer scharf bekämpft, weil diese Einrichtung nach ihrer Ansicht die katholische Kirche von dem Staat abhängig macht und weil der Gerichtshof nur einen sehr geringen Geschäftsumfang hat. Mit Entschiedenheit wies der Kultusminister v. Götler diese Angriffe zurück und betonte, daß die Etatforderung für den kirchlichen Gerichtshof auf einem Gesetz beruhe. Der Titel wurde schließlich bewilligt. Abg. v. Jagdzewski bestritt die revolutionäre Agitation seitens der polnischen Geistlichkeit, worauf der Kultusminister v. Götler erwiderte, daß der Regierung Thatsachen bekannt seien, die zur Vorsicht mahnten. Der polnische Klerus reiße die politische Leitung an sich, die Partei der Geistlichen unterjochte die Adelspartei. Der Minister wies ferner auf die Agitation des abgesetzten Erzbischofs Graf Ledochowski hin, von welchem der vorige Papst selbst gesagt habe, daß er sich in gefährlichen Händen befinde. Die Geistlichkeit im Großherzogthum Posen habe namentlich die Idee des polnischen Primats und die Wiederherstellung des Polenreichs genährt. Der Abg. Windthorst verlangte die Vorlegung einer vom Minister erwählten Korrespondenz Ledochowski's mit dem Bischof Marwitz über ein Kirchengebet, worauf der Minister erwiderte, dieselbe befinde sich in den Akten des geheimen erzbischöflichen Konfistoriums und sei nicht im Besitze der Regierung. Nach einer